Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhdlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzer Straße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3590.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 601. **Mittwoch** den 26. November 1902. **96. Jahrgang.**

Die Personentarifreform als weiches Ei.

-p- Die geharnischte Belehrung, welche die „Nordd. Allg." den Blättern erteilte, die es gewagt hatten, die Reise des preußischen Eisenbahnministers Budde nach Süddeutschland und nach Sachsen mit der Personentarifreform in Verbindung zu bringen und ferner anzudeuten, daß in der vom 3. bis 5. September zu Freiburg i. Br. abgehaltenen ordentlichen Versammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen auch diese Frage nicht unerwähnt geblieben sei, verliert wesentlich an ihrem Ernst, wenn man ihr die Tatsache gegenüberstellt, daß die Eisenbahnverwaltungen selbst von der Unhaltbarkeit des heutigen Tarif- und Fahrkartenwesens überzeugt sind und daß niemand lebhafter als sie selbst den Zeitpunkt der Aufräumung mit einem Kunterbunt von Vorschriften und Fahrkartenausweisen, in dem kein Mensch sich mehr recht auskennt und zurechtfindet, herbeiwünschen. Daß die ordentliche Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen nicht zuständig ist, über Verkehrsfragen, die nur das deutsche Eisenbahngebiet berühren, zu beraten, ist dem Wesen und den Satzungen dieses Vereins nach richtig und erklärt sich daraus, daß von den mehr als siebzig ihm angehörenden Verwaltungen ziemlich die Hälfte fremde Verwaltungen, nämlich österreichisch-ungarische, niederländische, luxemburgische, belgische, rumänische und russisch-polnische, sind. Mit Fragen, wie die Personentarifreform in Deutschland würde sich die aus 14 deutschen Eisenbahnverwaltungen bestehende „Ständige Tarifkommission", die dreimal im Jahre zusammentritt, dann zu befassen haben, wenn sämtliche beteiligten Verwaltungen dazu ihre Zustimmung erteilten. Sonst hat die Ständige Tarifkommission in Angelegenheiten des Personenverkehrs nur über allgemeine Tarifvorschriften, nicht aber über organisatorische Maßnahmen und Tarifneubildungen grundgestaltender Art, die in die Finanzwirtschaft eines Bundesstaates eingreifen, zu beraten.

Wenn also gelegentlich der Freiburger Versammlung die Vertreter der deutschen Eisenbahnverwaltungen, die sehr wahrscheinlich in der Ständigen Tarifkommission oder in der Generalkonferenz, welche über die Anträge dieser Tarifkommission zu beschließen hat, auch ein Wörtchen mitzureden haben, Fühlung zu einander in der Richtung genommen hätten, wie ihre Verwaltungen sich wohl verhalten würden, wenn die brennende Personentarifreformfrage vor die Ständige Tarifkommission gebracht, mit anderen Worten, zu einer allgemeinen deutschen, nach einheitlichen Grundsätzen zu lösenden Frage gemacht würde: so wüßte man nicht, was nach all dem in dieser Beziehung Vorausgegangenen natürlicher wäre, als ein solcher Verständigungsversuch. Und wenn im Verfolge dieser, unter dem Drucke der im Fahrkartenwesen, besonders seit Einführung der Paßsteigersperre, eingerissenen Durchstechereien und anderer Uebelstände gesteigerten Bemühungen um Anbahnung eines einheitlichen Tarif- und Fahrkartensystems schließlich der preußische Eisenbahnminister bei seiner vielbesprochenen Geschäftsreise in dieser Angelegenheit vermittelnd eingriffe, so entspräche das ebensosehr der Wichtigkeit der Sache selbst, wie dem charakteristischen aggressiven Vorgehen des Ministers auf dem Felde seiner neuen Tätigkeit. Jedenfalls bildet die Neugestaltung der Personentarife in gegenwärtiger Zeit den wichtigsten Reformgegenstand auf dem Gebiete des deutschen Verkehrswesens. Das Interesse daran ist auf Seiten der Eisenbahnverwaltungen bezw. der Staatsregierungen wie auf Seiten der breiten Oeffentlichkeit gleich groß, und zwar nicht bloß vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte, sondern nicht weniger wegen der vielen Erschwernisse, Unbequemlichkeiten und Umständlichkeiten, die dem heutigen System anhaften und unter dem die Eisenbahnverwaltungen nicht weniger zu leiden haben, als das reisende Publikum.

Mögen sich nun die von vielen Seiten ausgesprochenen Vermutungen über den Zweck der Ministerreise bestätigen oder nicht, das Eine ist sicher: Im Volke hat der Wunsch und das Bedürfnis nach einer gründlichen Vereinfachung des Personentarifwesens und nach Erleichterungen in der Abfertigungsweise zu tiefe Wurzeln geschlagen, als daß es den Gedanken wieder fallen ließe, die Reform sei notwendig und müsse kommen. Es ist also ein ganz natürlicher Zustand und es braucht sich eigentlich darob niemand aufzuregen, wenn ein berechtigter Wunsch sich allgemein in der Erwartung ausgedrückt hat, die Reformarbeit möchte durch den preußischen Eisenbahnminister, der die Anfänge dazu von seinem Amtsvorgänger im Erbe übernommen hat, gelegentlich seiner Rundreise eine neue und nachhaltige Belebung erfahren und er möge die Hoffnungen wahr machen, die alle Welt auf ihn bei seinem Amtsantritte gesetzt hat.

Wie die deutschen Kreise Shanghais die Zurückziehung der Truppen auffassen.

Aus Shanghai, 20. Oktober, schreibt man uns: Die Nachricht, daß die fremden Truppenkontingente von hier zurückgezogen werden sollen, hat ungeheuer überrascht. Abgesehen von einigen wenigen Firmen, die glauben, bessere Waffen- und ähnliche Geschäfte machen zu können, wenn die Truppen von Shanghai fortgezogen werden, wird der Entschluß hier allgemein bedauert. Nutzen bringt er nur England. Keine Macht war im Yangtsetal so schlecht vertreten, wie eben sie, und die Engländer merkten seit Jahr und Tag, daß sie den deutschen und französischen Truppen gegenüber an Prestige verloren. Deshalb hieß es, den Rückzug aller Kontingente betreiben. Als man die Truppen rief, hatte man andere Hoffnungen im englischen Lager gehegt. Es war im Sommer 1900. Der Stadtrat der internationalen Niederlassung hat damals Admiral Seymour um ein Gutachten, eventuell um einen Verteidigungsplan. Der Admiral erstattete weder ein Gutachten, noch arbeitete er einen Verteidigungsplan aus, sondern übernahm das Kommando über alle Streitkräfte zu Wasser und zu Lande in Shanghai und auf dem unteren Yangtse. Dann wurde ein Plan ausgeheckt, wie man das englische Ansehen in Shanghai stärken und England zur Vormacht im Yangtsetal machen könnte. Der Helfershelfer Seymours war der damalige stellvertretende englische Generalkonsul Bourne. Diese beiden setzten sich mit London in Verbindung, und eines Tages hieß es, England werde zum Schutze Shanghais Truppen landen. Niemand war erstaunter als der Stadtrat und niemand mehr aufgebracht als dieser. Wohlverstanden, im Stadtrat sitzen sieben Engländer, ein Deutscher und ein Amerikaner. Aber die Herren konnten nichts machen, und nachdem ihnen noch die politischen Vorteile der Landung von Truppen klar gemacht waren, schwiegen sie. Seymour und Bourne hatten aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Frankreich ließ sofort zum Schutze der französischen Niederlassung französische Truppen landen und in richtiger Erkenntnis der Sachlage folgte Deutschland auf Antrag des Generalkonsuls Dr. Knappe dem Beispiele der beiden anderen Mächte. Auch Japan blieb dann nicht zurück.

Das darf man nicht vergessen, um zu verstehen, weshalb gerade Großbritannien so großen Wert auf die Abberufung der sämtlichen Truppen aus Shanghai legte. Von dem Augenblick an, wo es nicht die führende Stellung hatte, war es sein wohlverstandenes Interesse, daß alle Truppen fortgingen.

Wie schon oben angedeutet wurde, findet dies die Billigung der anderen Fremden nicht. Aber auch ein großer Teil der Engländer in Shanghai hält es unter den heutigen Verhältnissen für verfehlt. Einer der einflußreichsten Engländer Shanghais sagte noch dieser Tage zum Schreiber dieser Zeilen: „Für ihre Abberufung lag um so weniger Anlaß vor, als die Truppen niemandem im Wege waren."

Wie die deutsche Kaufmannschaft Shanghais denkt, erhellt aus folgendem Schreiben des Vorstandes der Deutschen Vereinigung von Shanghai, in dem von acht Mitgliedern sieben Großkaufleute sind, an den Kaiserlichen Generalkonsul:

„Ew. Hochwohlgeboren

bin ich vom Ausschuß der Deutschen Vereinigung von Shanghai beauftragt, das Folgende zu unterbreiten, da es Ihnen vielleicht von Wert ist, die Stimmung zu kennen, die in einer Shanghai berührenden Frage in deutschen Kreisen herrscht.

Die Nachricht, daß die fremden Besatzungstruppen Shanghais innerhalb ganz kurzer Zeit von Shanghai fortgezogen werden sollen, hat in allen Kreisen der Bevölkerung großes Erstaunen hervorgerufen. Es ist insbesondere die Ansicht der weitaus größten Mehrzahl der deutschen Großkaufmannschaft Shanghais, daß ein Anlaß zu einer solchen Maßregel aus den tatsächlichen Verhältnissen im unteren Yangtsetal nicht abzuleiten und sie jedenfalls der weiteren Entwickelung des deutschen Handels nicht förderlich ist. Die Ereignisse der letzten Jahre haben unseres Erachtens gezeigt, daß nicht unter allen Umständen die Flotten der Mächte im stande sind, Shanghai ausgiebigen Schutz zu bieten und schon dadurch die Notwendigkeit der Unterhaltung einer zuverlässigen Schutztruppe in Shanghai selbst erwiesen ist. Auch ist es jedenfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß in Kreisen der chinesischen Kaufmannschaft Shanghais ebenfalls die Zurückziehung der fremden Truppen in diesem Augenblick bedauert wird. Wie schnell Ereignisse eintreten können, die an Stelle der bisherigen Ruhe wieder das Gefühl der Unsicherheit treten lassen könnten, zeigt eine gewisse Aufregung der Chinesen aus Anlaß des unerwarteten Todes Liu-Kun-yis.

Jedenfalls aber ist es die Auffassung der Mehrheit, auch der deutschen Kaufmannschaft, daß der Augenblick der Zurückziehung der fremden Truppen aus Shanghai angesichts der tatsächlichen Verhältnisse nicht glücklich gewählt erscheint."

Es müssen also wohl andere politische Gründe gewesen sein, die die deutsche Regierung zur Aufgabe der Garnison Shanghai bestimmt haben. Wir können nur der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß sich die hier gehegten Befürchtungen nicht bestätigen werden. (Am 22. November hat bekanntlich die Räumung Shanghais mit der Zurückziehung der japanischen Truppen begonnen. D. Red.)

Deutsches Reich.

⊙ **Leipzig**, 25. November. Ein Berliner Telegramm besagt: Der „Reichsanz." meldet: Dem Reichsgerichtsrate **Miltner** in Leipzig ist seinem **Ansuchen entsprechend** die **Entlassung** aus dem **Reichsdienste** zum 1. Dezember erteilt worden. — Das ist die amtliche Bestätigung der bereits erfolgten oder bevorstehenden Ernennung des Herrn Miltner zum bayerischen Justizminister.

+ **Berlin**, 25. November. (Der „echte Ring" des Liberalismus.) „Der echte Ring vermutlich ging verloren" sagt der gerechte Richter in Lessings „Nathan dem Weisen". Das nationalsoziale Wochenblatt ist weniger bescheiden; nach ihm ist der echte Ring des Liberalismus nicht „vermutlich", sondern ganz bestimmt verloren gegangen, denn es schreibt: „Wenn sich die Liberalen in den einzelnen Wahlkreisen nicht darauf besinnen, daß weder der Liberalismus Bassermanns, noch der Eugen Richters und seiner Leute echt ist, wenn sie nicht, wo es nottut, mit dem Stimmzettel in der Hand ihren Liberalismus revidieren, dann wird im nächsten Sommer seine Stunde endgültig geschlagen haben. Wir Nationalsozialen tun, was wir können, um ihn zu retten. Wir treten nirgends störend auf, wo noch wirklicher Liberalismus lebt." Die „Ire sinnige Zeitung" findet für diesen Erguß die Ueberschrift „Nationalsoziales Größenbewußtsein"; an die Stelle des Wortes Größenbewußtsein könnte man wohl ein anderes, minder höfliches, aber ebenso zutreffendes setzen. Die Nationalsozialen wollen den Liberalismus „retten". Doch wohl nur indem sie eigene Kandidaten aufstellen; denn nur sie besitzen ja nach ihrer Auffassung den „wirklichen Liberalismus". Nun, man braucht kein großer Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Nationalsozialen auf alle ihre Kandidaturen noch keine hunderttausend Stimmen vereinigen werden. Das ist weniger, als irgend eine von den eine Fraktion im Reichstage bildenden Parteien bei den letzten Wahlen erhalten hat. Wenn also nur die Nationalsozialen den „wirklichen" Liberalismus vertreten, so würde dieser hinter den Polen, Antisemiten und anderen kleinen Parteien rangieren. Nur im Sinne dieses nationalsozialen Größengefühls darf man auch die Aeußerung, daß die Nationalsozialen nirgends störend aufträten, wo noch wirklicher Liberalismus lebe, als nicht ernst genug betrachten. Denn wo der nach unserem altmodischen Sinne vorhandene Liberalismus noch besteht, da treten die Nationalsozialen mit Vorliebe störend auf. Beispielsweise machen sie durch die Absicht einer eigenen Kandidatur in Karlsruhe die Hoffnung, diesen Wahlkreis wieder der Sozialdemokratie abzunehmen, nahezu zunichte. So viel wir wissen, beabsichtigen sie auch, in dem 15. sächsischen Wahlkreise selbständig aufzutreten. Dieser Wahlkreis konnte nur durch das geschlossene Eintreten aller Parteien für den liberalen Kandidaten Uolemann den Sozialdemokraten, die ihn seit dem Jahre 1890 — und auch früher schon wiederholt — in ihrem Besitze hatten, entreißen. Die Aussichten der Sozialdemokratie sind diesmal um so günstiger, als der sehr begabte und redegewandte Paul Göhre ihr Kandidat sein soll. Eine Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen wäre gleichbedeutend mit Göhres Sieg. Ebenso werden durch die nationalsoziale Kandidatur in Jena die Aussichten der Sozialdemokratie gebessert, diejenigen des gemäßigten Liberalismus verschlechtert. Im Wahlkreise Oldenburg hat sich bei den letzten allgemeinen Wahlen der Kampf zwischen der nationalliberalen Partei und der freisinnigen Volkspartei abgespielt, während die Sozialdemokratie gänzlich ausfiel. Eine weitere Zersplitterung der liberalen Stimmen durch einen nationalsozialen Kandidaten macht es wahrscheinlich, daß diesmal die Sozialdemokratie mindestens in die Stichwahl gelangt. Die „Rettung" des Liberalismus durch die nationalsoziale Partei wird also aller Voraussicht nach darin bestehen, daß einige liberale Sitze an die Sozialdemokratie verloren gehen, der Gesamtliberalismus mithin geschwächt wird. Für solche „Retter" kann sich der Liberalismus, welcher Schattierung er auch angehören mag, bestens bedanken. Dabei vermögen wir kaum zu glauben, daß die Herren Naumann, v. Gerlach usw., deren „wirklicher Liberalismus" zum Teil noch sehr jungen Datums ist, in die Lage kommen werden, die Heilswahrheiten dieses wirklichen Liberalismus von der Tribüne des Reichstags herab dem deutschen Volke zu verkünden.

ƒ **Berlin**, 25. November. (Allgemeines Wahlrecht und Welfentum.) Da es zweifellos ist, daß der braunschweigische Landtag die neue Vorlage, betreffend die authentische Interpretation des Regentschaftsgesetzes, annehmen wird, bemüht sich das braunschweigische Welfentum im voraus, den Eindruck einer solchen Stellungnahme der braunschweigischen Landesvertretung abzuschwächen. Dieser Aufgabe hat sich in einer welfischen Protestversammlung gegen den neuen Gesetzentwurf ein welfischer Agitator durch die Behauptung unterzogen: der jetzige Landtag sei nicht die richtige Vertretung des braunschweigischen Volkes, denn eine Landesvertretung, in der die wahre Stimme des Volkes zum Ausdruck komme, könne nur auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt werden; es sei die höchste Zeit, mit dem bestehenden Wahlrechte aufzuräumen. Mit solchen Argumenten bekämpft seit langem die Sozialdemokratie alle nicht auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählten Volksvertretungen. Aus welfischem Munde das Gleiche zu hören, ist deswegen beachtenswert, weil es der von den welfischen Parteigängern so hochgehaltenen welfischen Tradition ins Gesicht schlägt. Wie weit das hannoversche Welfentum von dem Bekenntnis zum allgemeinen Wahlrechte entfernt war, lehrt die Tatsache, daß König Ernst August die bescheiden-konstitutionelle Verfassung von 1833 umstürzte und daß Georg V. ebenfalls reaktionäre Verfassungsänderungen oktroyierte. Was aber die braunschweigischen Welfen anbelangt, so kann auch ihnen nicht die leiseste Zuneigung zum allgemeinen Wahlrechte nachgesagt werden. Herzog Carl hat bekanntlich sogar die von dem Obervormund und Landesregenten Georg IV. publizierte Landschaftsordnung vom 5. September 1823 nicht anerkennen wollen und dadurch den Bundesbeschluß vom 4. November 1830 hervorgerufen, der die Rechtsgültigkeit der Landschaftsordnung aussprach. Als unter Carls Nachfolger, unter Herzog Wilhelm, das braunschweigische Grundgesetz abgeändert wurde, hat man an das allgemeine Wahlrecht selbst zu jener Zeit nicht gedacht, wo die Tagung der Frankfurter Nationalversammlung noch frisch in aller Gedächtnis war. Vielmehr weist das vom 22. November 1851 datierte Gesetz über die braunschweigische Landesversammlung den größten Gegensatz zum allgemeinen Wahlrechte auf, weil es die 46 Abgeordneten gesondert durch die Stadtgemeinden, die Landgemeinden, die Höchstbesteuerten, die evangelische Geistlichkeit wählen läßt. Das Wahlgesetz vom 23. November 1851 aber ordnet die öffentliche Wahl durch Erklärung zu Protokoll an. Tritt jetzt das braunschweigische Welfentum in vollkommenen Gegensatz zu dem Verhalten der welfischen Fürsten des 19. Jahrhunderts für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ein, so geschieht das sicherlich nur in der Absicht, damit sozialdemokratische Stimmen zu fangen.

* **Berlin**, 25. November. Von der Straßburger theologischen Fakultät erzählt die „Germania" heute, es handle sich jetzt hauptsächlich noch um die Erledigung dreier wichtiger Punkte:

Zunächst müssen die Statuten der Fakultät gemäß den durch Vermittelung des Herrn Frhrn. v. Hertling mit dem apostolischen Stuhle getroffenen Vereinbarungen festgestellt werden. Wenn in elsässischen und reichsdeutschen Blättern von einem Vorschlags- und Absetzungsrecht der Theologieprofessoren durch den jeweiligen Bischof von Straßburg die Rede ist, so dürfte diese Nachricht, welche die liberale Presse in Nord und Süd bereits in hochgradige Aufregung versetzt hat, kaum zutreffen. Die Ergebnisse der Verhandlungen mit Rom über diesen Punkt sind bisher nirgends authentisch bekannt gegeben. Die Katholiken dürfen sich aber mit dem Gedanken beruhigen, daß der h. Vater den seitens der Regierung in dieser Hinsicht vorgeschlagenen Modus acceptiert hat, so daß der kirchliche Standpunkt vollauf gewährleistet erscheint. (!!)

Eine zweite Aufgabe bei den Vorbereitungen zur Errichtung der Fakultät bildet die Aufstellung des Schemas für die zu errichtenden Professuren und die Auswahl der für die einzelnen Stellen notwendigen wissenschaftlichen Kräfte. Es werden zum mindesten sechs bis sieben ordentliche und dazu vielleicht noch einige außerordentliche Professuren in Aussicht zu nehmen sein. Von den bisherigen Lehrern im bischöflichen Priesterseminar dürften die geeignetsten unzweifelhaft in den Lehrkörper der Fakultät übernommen werden. Das gebietet die einfachste Erwägung der im Elsaß vorherrschenden Stimmung. Nur auf solche Weise wird auch der der deutschen Regierung besonders vorschwebende Zweck der Fakultät leicht und glatt erreicht werden.

Als letzter Punkt bleibt dann noch die Vorbereitung der Vorlagen für den elsaß-lothringischen Landeshaushalt. Man spreche von 80 000 ℳ, welche die Fakultät erfordern würde. In dieser Summe sind ohne Zweifel außer den Gehältern auch noch die Kosten der Errichtung von Seminaren und Anschaffung von Büchern für die Bibliothek mit eingegriffen. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die im vorstehenden kurz skizzierten umfassenden Vorarbeiten sich bis zum 1. April nächsten Jahres kaum erledigen lassen und die Eröffnung der neuen Fakultät wohl erst im Herbst 1903 zu erwarten ist.

Soweit die offenbar Hertlingoffiziösen Mitteilungen der „Germania". Auch so klingt die Meldung bereits befremdlich genug; auch so bliebe mehr der kirchliche als der staatliche Standpunkt gewahrt. In noch ganz anderem Lichte aber müßte dieser „Sieg der Berliner Regierung" erscheinen, wenn sich bewahrheitete, was Rampollas „Osservatore Cattolico" berichtet. Der erklärt nämlich, wie man der hiesigen „Volksztg." schreibt, in stolzen Frohgefühl der errungenen Erfolges:

Die Wahrheit ist, daß die Berliner Regierung, um ihren Zweck zu erreichen, sich bereit erklärte, zum wichtigsten Zugeständnis an den heiligen Stuhl (importantissima concessione alla santa Sede"), indem sie dem Bischof von Straßburg das absolute Vetorecht über die Ernennung der Professoren einräumt, welche der Staat anstellt und bezahlt.

Das ist zwar kein „Absetzungsrecht" und auch kein „Vorschlagsrecht"; aber es ist fast mehr als das: es ist die absolute Abhängigkeit der mühselig errungenen Fakultät vom jeweiligen Straßburger Bischof. Und darum all' die jahrelange Qual!

⊙ **Berlin**, 25. November. (Telegramm.) Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: Die englische Wochenzeitung „Truth" hat behauptet, daß das ursprüngliche Programm für den **Aufenthalt des Kaisers in England** im Zusammenhang mit polizeilichen Besorgnissen erheblich abgeändert worden sei. Diese Behauptung entbehrt jeder Begründung. An dem vorher festgesetzten Besuchsprogramm wurde später nicht das Geringste geändert.

⊙ **Berlin**, 25. November. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" meldet bestätigend: Dem Vorsitzenden des Vorstandes der Staatsbahn-Eisenbahngesellschaft, Wirkl. Geheimen Rat **Fischer**-Berlin, sind die Brillanten zum Roten Adler-Orden I. Klasse mit Eichenlaub verliehen worden.

B. **Berlin**, 25. November. (Privattelegramm.) Die „Nat.-Ztg." meldet: Beim Beginn der heutigen Reichstagssitzung verlautet, daß das **Zentrum** sich in einer vormittags abgehaltenen Fraktionssitzung geeinigt und die Forderungen betreffs der Viehzölle fallen gelassen habe; die **Konservativen** seien noch uneinig. — An der heute abend bei dem Reichskanzler stattfindenden neuen Konferenz wird als Vertreter der Nationalliberalen außer den Abgg. Bassermann und Paasche auch der Abg. **Sattler** teil nehmen.

C.H. **Berlin**, 25. November. (Privattelegramm.) Während bisher Deutschland nur einen Marineattaché in **Washington** hatte und sonst nur gelegentlich Offiziere des Heeres zur Botschaft kommandierte, ist jetzt in Major **von Gyzi** vom großen Generalstabe der erste deutsche Militärattaché in Washington ernannt.

— Für den Berliner Bürgermeisterposten hat wie der „Saale-Ztg." berichtet wird, in einer **Vorbesprechung** die Mehrzahl der Stadtverordneten den ehemaligen **Kon-**